



Die Umwelt ist keine Ware

Aufruf zur Gründung einer Weltumweltorganisation

Anfang des 21. Jahrhunderts nehmen unumkehrbare Umweltzerstörungen immer noch mit alarmierender Geschwindigkeit zu. Die allgemeine Verantwortungslosigkeit in diesem Bereich steht nur einer geringen sozialen, institutionellen oder wirtschaftlichen Mobilisierung gegenüber. Klimaerwärmung, Ölpest, radioaktive und genetische Verseuchung, die Zerstörung der Artenvielfalt, die Zerstörung der Wälder, die Verschmutzung von Luft, Wassers und Boden... die

Liste unserer Missbräuche ist viel zu lang, und sie wird durch die institutionelle Starrheit und die Inkonsistenz der Umweltpolitik immer nur noch länger.

Der Weltgipfel von Johannesburg ist zu einem „Enttäuschungsgipfel“ geworden, der nach intensiven Verhandlungen viel zu limitierte Ergebnisse hervorgebracht hat, als dass es nun zu einer fundamentalen Kehrtwendung kommen könnte. Mehr als 30 Jahre nach dem ersten Gipfel, auf dem bereits deutlich wurde, in welche Sackgasse unser heutiger Lebensstil führt, sind die Anerkennung der Rechte der zukünftigen Generationen, das Vorbeugeprinzip und der Grundsatz der rationellen Nutzung der natürlichen Ressourcen, vor allem folgenlose und leere Versprechen.

Immer häufiger werden Zwangsmassnahmen gefordert, die als einzige die dominierende Wirtschaftslogik in Frage stellen könnten. Jedoch macht der Vorrang des Wirtschaftlichen vor dem Ökologischen jede präventive Maßnahme zunichte, da sie vom guten Willen innerhalb der Abkommen in der Welthandelsorganisation (WTO) abhängig ist. Dieser Vorrang des Wirtschaftlichen besteht nur wegen der Nichtexistenz einer Weltumweltorganisation. Bei den Vereinten Nationen gibt es im Bereich Umwelt eine historische Vernachlässigung. Während die Gesundheit, die Arbeit, die Kultur, die Ernährung und auch die Bildung über eigene Institutionen mit eigenen Mittel verfügen, hat die Umwelt nur ein zusätzliches Programm der Koordinierung - ohne adäquate Finanzierung und ohne politisches Mandat. Faktisch fehlt der UNO eine reale politische Autorität im Bereich globaler Umweltpolitik, welche ein Gegengewicht zur Welthandelsorganisation darstellen würde (WTO) und damit tauglich wäre, die Zerstörung unserer Leben, der Umwelt und unseres Planeten zu bremsen.

Aufbauend auf der Basis des Programms der Vereinten Nationen für die Umwelt wäre die Weltumweltorganisation der einzige Rahmen für die Politik im Bereich globalen Umweltschutzes (Klima, Ozonschicht, Ozeane, Desertifikation, Artenvielfalt und demnächst auch Wälder, Trinkwasser, energetische Ressourcen, Landwirtschaft, ökologische Besteuerung, Umweltverantwortung der Unternehmen). Der Aufbau dieser Organisation würde mit einer Reorganisation der Kompetenzen im Umweltbereich – welche heute auf ein Dutzend verschiedene internationale Organisationen und zahlreiche Sekretariate diverser multilateraler Umweltabkommen verteilt sind– erfolgen. Parallel dazu wird dadurch eine bessere Vereinbarkeit verschiedener Umweltpolitiken im Sinne nachhaltiger Entwicklung möglich.

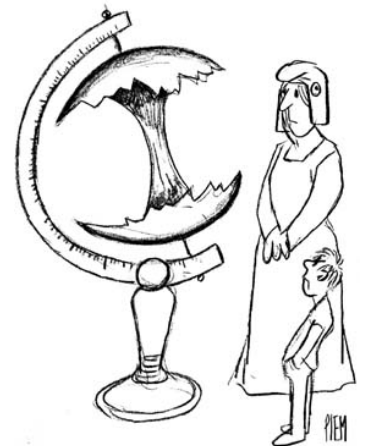
Im Gegensatz zu den anderen spezialisierten Institutionen der Vereinten Nationen soll die Weltumweltorganisation kein technokratischer Apparat werden, der fernab von den Menschen handelt und die Kluft zwischen Norden und Süden weiter vergrößert. Mittel um diese Struktur menschnah aufzubauen sind insbesondere

- die Erziehung zum Umweltschutz und zur nachhaltigen Entwicklung für alle Menschen
- eine spezielle Weiterbildung für Delegationen der Entwicklungsländer, welche bei internationalen Verhandlungen aufgrund ihres Mangels an qualifiziertem Personal ein Schattendasein fristen
- das Veranstalten von offenen Konferenzen für alle Menschen zu gesellschaftlich relevanten Themen und
- die Anerkennung eines Petitionsrechtes um internationale Debatten zu Umweltproblemen anzustoßen.

Umweltpolitik darf nicht Exklusivrecht von Staaten sein. Die Stimmen der Menschen, der territorialen Gemeinschaften, der Nichtregierungsorganisationen und der ökonomischen Akteure im Süden müssen auch Einfluss in die Umweltpolitik bekommen. Den Prinzipien der Subsidiarität und dem Motto „Global denken, lokal handeln“ treu, könnte die Weltumweltorganisation wirksame Kooperationsabkommen zwischen territorialen Gemeinschaften in die Wege leiten.

Im globalen Rahmen hat die Verbesserung Hunderter bi- und multilateraler Abkommen zur Umwelt heute Priorität. Um dies zu verwirklichen, muss die Weltumweltorganisation ein Werkzeug zur Prävention, ein Akteur zur Verbreitung von schonenden Technologien und ein finanzieller Unterstützer für die Umsetzung der Abkommen, werden. Ergänzend müssen die Überwachungsmechanismen der Abkommen harmonisiert und vereinfacht werden. Die Schaffung eines Weltumweltgerichtes, das offen für Nichtregierungsorganisationen wäre und für Sanktionen bei Nichteinhalten oder Brechen der Abkommen zuständig wäre, gäbe der Weltumweltorganisation eine gesunde Basis.

Die WUO muss ein Gegengewicht zur WTO sein. Eine Integration des Bereiches Umwelt



in die Kompetenzen der WTO ist keine akzeptable Lösung: einerseits ist dies nicht die Funktion der WTO- dies hat sie schon hinreichend mit ihrer Zurückhaltung in der aktiven Umweltpolitik verdeutlicht; andererseits wäre es das fatale Eingeständnis, dass wir die Umwelt für eine Ware halten.

Im Gegensatz zu WTO, Weltbank und IWF ist die Aufgabe der WUO die Behauptung und Umsetzung der Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung und die Durchsetzung der Priorität der Regeln der Umwelt vor denen des Handels.

Eine andere wichtige Aufgabe der WUO wird die Dokumentation der technischen und wissenschaftlichen Referenzen in allen Bereichen des Umweltschutzes sein - ein Ort der Verbreitung des Wissens und des Know-how.

Für all dieses muss die Finanzierung sowohl Mittel wie auch Ziel sein, indem sie eine Ökosteuer einführt, welche die Umweltverbraucher und -verschmutzer bestraft und gleichzeitig mit gezielter Umverteilung Programme zur Bewahrung der Erde entwickelt. Damit gibt die WUO eine Neuorientierung und sanktioniert gleichzeitig die umweltschädlichsten Verhalten. Das Prinzip der gemeinsamen, jedoch differenzierten, Verantwortung, welches den Ländern des Südens besonders wichtig ist, muss seine konkrete Umsetzung in der Finanzierung der WUO finden.

Ein solches internationales Werkzeug wirkt letztendlich auf die offizielle Anerkennung der Umwelt als zentrales Element zum Überleben der Menschheit hin. Die schlimmsten und irreparablen Eingriffe in und gegen die Umwelt müssen zu „unverjährbaren“ Straftaten werden und ein neues Nachdenken über die Folgen von Eingriffen in Ökologische Systeme müssen eine Stellung in dieser neuen Behörde gewinnen.

Eine andere Welt wird vollkommen von den Menschen geprägt und aufgebaut. Die nächsten Monate werden ereignisreich: vom Gegen – G8 zum Europäischen Sozialforum, das Jahr 2003 wird ein Jahr sein, in dem die Idee einer Weltumweltorganisation ihren Weg machen muss, um schließlich zu einer Reform der globalen Umweltpolitik zu führen.

Die Unterzeichner dieses Textes rufen die Regierungs- und Staatschefs, vor allem die des Südens und der Vereinigten Staaten, wie auch den Generalsekretär der Vereinten Nationen auf, diesen ehrgeizigen Weg mit Nachdruck anzutreten. Es ist daher notwendig, umgehend eine internationale Konferenz einzuberufen, die die UN-Organisationen, die Vertreterinnen und Vertreter der UN-Mitgliedsstaaten wie auch die Zivilgesellschaft beteiligt.

Hoffen wir, dass wir nicht auf die nächste Ölpest, die nächste Nuklearkatastrophe oder die nächsten klimatischen Probleme - welche alle mehr als wahrscheinlich sind - warten müssen, damit gehandelt wird. Unsere gemeinsame Zukunft ist davon abhängig!

Erstunterzeichnerinnen und Unterzeichner :

Yann Arthus-Bertrand, Fotograf ; **Denis Baupin**, Verkehrsreferent der Stadt Paris; **Pierre Beaudoin**, Präsident der FRAPNA ; **Dominique Bernard**, Präsident von Agir pour l'Environnement ; **Simone de Bollardièrre**, Friedensaktivistin ; **Allain Bougrain Dubourg**, Präsident der Ligue pour la Protection des Oiseaux ; **Jerry Bourgeois**, Präsident des Comité de Liaison pour une Autorité Mondiale de l'Environnement ; **Christian Brodhag**, Präsident von Agora 21 ; **Andrée Buchmann**, Präsidentin von „Alsace Qualité Environnement“ ; **Michel Cantal-Dupart**, Professor beim Lehrstuhl für Urbanismus und Umwelt du Nationalkonservatorium für Kunst und Berufe; **Denis Cheissoux**, Radioproduzent der Sendung« CO2 mon amour » ; **Yves Cochet**, ehem. Umweltminister ; **Benjamin Dessus**, Präsident von Global Chance ; **Olivier Deleuze**, ehem. Staatssekretär für Energie und nachhaltige Entwicklung, Mitglied der belgischen Föderalregierung; **Stéphane Doumbé-Billé**, Mitglied der „Commission du Droit de l'Environnement de l'UICN“ und Koordinator des Réseau "Droit de l'environnement" de l'Agence Universitaire de la Francophonie ; **François Dufour**, Vize-Präsident von Attac - France, Sprecher der „Confédération paysanne“ ; **Daniel Esty**, Professor bei der Yale - University (USA) ; **Daniel Evain**, Mitglied der „Commission Française du Développement Durable“ ; **Monica Fossati**, Chefredakteurin des Magazins Ekwo ; **Antonio Nicolás Gillari**, directeur général de « Multimedios Ambiente Ecológico » et Président von « Fundación por la Paz » (Argentine) ; **Susan George**, Vize-Präsidentin von Attac - France ; **Roland Gérard**, Umwelterzieher ; **Michel Giran**, Gründer von „ADOME“ ; **Géraud Guibert**, Nationalsekretär für Umwelt des „parti socialiste“ (Frankreich) ; **Christian Feuillet**, Vize-Präsident des „Conseil régional d'Ile de France“ ; **Cédric Gossart**, Verwalter des „Office français de la Fondation pour l'Education à l'Environnement en Europe“ ; **Pierre-Henri Gouyon**, Genetiker, Mitglied der „Commission Française du Développement Durable“ ; **Marie-Angèle Hermitte**, Forschungsdirektorin beim CNRS ; **Albert Jacquard**, Philosoph ; **Marc Jolivet**, Humorist ; **Susana Jourdan** et **Jacques**

Mirenowicz, zuständige Redakteure für LaRevueDurable ; **Hemmo Muntingh**, Senior Policy Advisor, Fonds International pour le Bien être Animal (Belgique) ; **Alexandre Kiss**, Präsident des „Conseil européen du droit de l'environnement“ ; **Bernard Langlois**, Politis ; **Bettina Laville**, Präsidentin von „honneur du Comité 21“ ; **Jo Le Guen**, Seefahrer, Keep it blue ; **Guy Léger**, Président des „Mouvement National de Lutte pour l'Environnement“ ; **Patrick Legrand**, Président von „honneur de France Nature Environnement“ ; **Corinne Lepage**, Rechtsanwältin und ehem. Umweltministerin ; **François Lille**, Président des Vereins „Biens Publics à l'Echelle Mondiale“ ; **Bernard Maris**, Universitätsprofessor, Schriftsteller ; **Michel Monbrun**, Präsident von „Objectif21“ ; **Edgar Morin**, Philosoph und Schriftsteller ; **Jacques Nikonoff**, Präsident von Attac - France ; **François Ost**, Philosoph ; **René Passet**, emeritierter Professor für Wirtschaft bei der „Université de Paris I-Panthéon-Sorbonne“ ; **Jean-Marie Pelt**, Président des „Institut Européen d'Ecologie“ ; **Piém**, Zeichner; **Michel Prieur**, Professor für Umweltrecht ; **Michèle Rivasi**, ehem. Abgeordnete der Drôme ; **Jacques Robin**, Gründer von „Transversales Science Culture“ ; **Michel Rocard**, ehem. Premierminister ; **Raphaël Romi**, Professor für Umweltrecht, Universität von Nantes ; **Alain Saumon**, Président des „Comité pour l'Annulation de la Dette du Tiers Monde – France“ ; **Gilles Eric Seralini**, Président des „Conseil scientifique du CRII-GEN“ ; **Vandana Shiva**, Indische Umweltaktivistin, Präsidentin der « Research Foundation for Science, Technology and Natural Resource Policy » ; **Agnès Sinaï**, Journalistin, Regisseurin und Mitglied der „Commission Française du Développement Durable“ ; **Siné**, Zeichner; **Marie-Claude Smouts**, Forschungsdirektorin beim CNRS, Professorin beim „Institut d'Etudes Politiques de Paris“ ; **Jacques Testart**, Président der „Commission Française du Développement Durable“ ; **Bruno Van Peteghem**, Goldman Prize 2001, founder of « Living Coral » (New Caledonia) ; **François Veillerette**, Président des „Mouvement pour les Droits et le Respect des Générations Futures“ ; **Dominique Voinet**, ehem. Umweltministerin

To sign this appeal : ape.nh@globenet.org